

# Antrag Nr. 24-F-22-0002

## FDP, CDU

---

### Betreff:

Sachstand zur Bezahlkarte in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 28.02.2024 -

### Antragstext:

Bund und Länder haben sich im November 2023 darauf verständigt, eine möglichst einheitliche Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen. Damit soll das Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen Geld- und Sachleistungsbezug umgekehrt werden, um sicherzustellen, dass die Leistungen zielgerichtet für die eigene Existenzsicherung und die der Familie eingesetzt werden und insbesondere keine Geldtransfers ins Ausland erfolgen. Die Forderungen nach einer zügigen Einführung der Geldkarte für Asylbewerber werden immer lauter: Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sagte, die entsprechende Vereinbarung der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung müsse umgesetzt werden. Auch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas forderte die Länder auf, nicht länger bei der Einführung einer Geldkarte für Asylbewerber zu zögern.

Erste Kommunen haben die Karte bereits in Eigenregie umgesetzt, unter anderem Hannover. Dabei gibt es unterschiedliche Varianten hinsichtlich der möglichen Barbeträge oder der Frage, ob die Karte landesweit oder nur in einem bestimmten Gebiet genutzt werden kann. Der Ausschuss möge daher beschließen,

Der Magistrat wird gebeten, ausführlich zu berichten, wann und mit welchen Parametern die Bezahlkarte als Sachleistungsmittel für Leistungen nach dem AsylBG in Wiesbaden umgesetzt sein wird.

Wiesbaden, 28.02.2024

Sebastian Rutten

Fachsprecher

André Weck

Fachsprecher

Jeanette-Christine Wild

Fraktionsgeschäftsführerin

Melanie Völker

Fraktionsreferentin